

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsern Boten  
für ein Jahr monatlich 170 Mark.  
Bestellungen nehmen die Auslagen  
und für Anzeigen die Postämter  
entgegen. — Erhältlich werktäglich,  
Sprech- und Anruf Nr. 25,  
Telegramm: Kageblatt Auergebirge.

Belegpreis für die Reichspost  
Belegpreis für Anzeigen aus dem  
Landesamt 15.00 Mark, auswärtige  
Anzeigen 20.00 Mark, Ausland-Verkauf  
preis 60.00 Mark. Bei größeren Ab-  
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1498

Nr. 260

Dienstag, den 7. November 1922

17. Jahrgang

### Der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der politische Kalender steht im Monat November im Zeichen der Wahlen. Der vergangene Sonntag hat die Sachsen zur Wahlurne gerufen, in zwei Wochen folgt Oberösterreich. Ebenso wurde am Sonntag im Reichsland Polen zum Wahltag während am nächsten Sonntag die Wahlen zum Senat folgen werden. Am heutigen Dienstag wird in den Vereinigten Staaten zum Kongress und zum Repräsentantenhaus gewählt, und schließlich werden am 15. ds. Mts. die interessantesten Wahlen, die englischen, vor sich gehen. Ein vollkommener Wahlmonat also.

Der Wahlkampf, der sich in dem Freistaat Sachsen abspielte, war ein dem Volke von der Sozialdemokratie aufgezwungener Entscheidungskampf über die Frage, ob Sachsen auch künftig rein sozialistisch regiert werden, oder ob es ein demokratischer Volksstaat sein soll. In diesem Sinne also war der 5. November ein Entscheidungstag für das ehemals „rote Königreich“. Wenn man diese Frage nach den Ergebnissen der Wahl beantworten soll, dann muß man sagen: Es bleibt alles beim Alten! Denn die sozialistische Vorherrschaft, die darin bestand, daß die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen mit Hilfe der Kommunisten über die Landtag mehr inne hatten, als sämtliche bürgerliche Parteien zusammen, ist nicht nur nicht gebrochen worden, sondern hat sich dadurch verstärkt, daß das Zentrum seinen einzigen Sitz verlor, während die Kommunisten einen Sitz gewannen und sämtliche übrigen Parteien ihren alten Besitzstand wahrten. Das Ziel der Mitte September bei der Abstimmung über das Volksbegehren erfolgten Landtagsauflösung, ist also nicht erreicht worden. Die sozialistische Machtposition ist um einen Sitz gestärkt worden und die bürgerlichen Parteien, entsprechend geschwächt, sind gewissermaßen vom Regen in die Traufe gekommen. Das ist eigentlich nicht weiter verwunderlich, wenn man daran denkt, mit welcher Heftigkeit und Gehässigkeit der Wahlkampf geführt worden ist. Leider aber haben alle die zahlreichen und ernstlichen Mahnungen, vor allem der Demokraten, an die bürgerliche Wählererschaft, die ganze Gewissensklärung, um was es bei diesen Wahlen geht, nicht in dem Maße gefruchtet, wie es nötig gewesen wäre. Trotzdem die Wahlbeteiligung sich diesmal von 82 auf 82 Prozent gehoben hat, kann man auch diesmal den bürgerlichen Wählerkreisen den Vorwurf der Wahlkaufheit, um nicht zu sagen Wahlkauflust nicht ersparen. Die Sozialdemokraten dagegen hatten durch eine außerordentlich scharfe Kontrolle dafür gesorgt, daß keiner ihrer Wähler der Wahlurne fernblieb. Zu dieser mangelhaften Beteiligung der nichtsozialistischen Wählererschaft kamen noch die Querlisten zweier türkischen Sektanten, einer „Wirtschaftspartei“ und einer „Deutschnationalen“, von denen die erstere freilich diesmal mehr als zwei Drittel ihrer Stimmen verloren hat, während die letztere, die jetzt zum ersten Male aufgetaucht ist, es nur auf etwas über 22 000 Stimmen brachte. Eigentlich nur die Demokraten haben Grund, mit dem Ausgange der Wahl für sich selbst zufrieden zu sein. Im Wahlkreis Dresden-Daugen haben sich ihre Stimmen um rund 82 v. H., im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau gar um rund 70 v. H. gesteigert, insgesamt um 30 Prozent. Infolge der erheblich stärkeren Wahlbeteiligung konnten auch die anderen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, vor allem aber die Kommunisten, ihre Stimmzahlen erheblich erhöhen, wobei es nicht ohne Interesse ist festzustellen, daß diese prozentuale Erhöhung bei den Deutschnationalen geringer ist als bei den anderen Parteien.

Die wichtigste Frage wird nun die der Regierungsbildung sein. Es versteht sich von selbst, daß die Vereinigte Sozialdemokratie, die bei diesen Wahlen zum ersten Male ihre Feuerprobe bestanden hat, die Regierungsbildung wieder übernimmt. Dabei wird man gewandt darauf sein dürfen, ob die Lehren des letzten Landtages bei ihr wenigstens die Einsicht gezeitigt haben, daß die dauernde Verbindung mit den Kommunisten nicht zum Wohle des Staates und des Volkes dient. Eine rein sozialistische Regierung mit kommunistischen Mitgliedern, die diesmal wohl anders garnicht möglich wäre, würde das Wirtschaftsleben Sachsens in der Zeit der kommenden Krisen zugrunde richten. Freilich wird sich überhaupt erst zeigen müssen, ob die kommunistischen Hauptlinge angesichts des kommenden schweren Winters aus nachliegenden Gründen sich nicht aller parlamentarischen Hinfälligkeit zu entledigen suchen werden. Wenn also jetzt der „Vorwärts“ schreibt, die Sozialdemokratie werde die Regierungsbildung wieder übernehmen müssen auf die Gefahr hin, daß kommunistischer Unterhandlung bis gerade hinter sozialistische Wähler auf

neue zu durchkreuzen versuchte, und deshalb den republikanisch gesinnten bürgerlichen Abgeordneten eine um so größere Verantwortung zufalle, so weist er damit selbst den einzig richtigen und möglichen Weg: die

Koalition der Mitte. Denn daß „das kommunistische Experiment“ nicht wiederholt werden darf, haben auch führende Sozialdemokraten oft genug erklärt!

### Abgegeben wurden in den drei Wahlkreisen folgende Stimmen:

	Dtsch. Vp.	Deutsche Vp.	Demokr. P.	Wirtsch.-P.	Deutschnat. P.	Zentrum-P.	Ver. Soz. P.	Kommun. P.
I. Dresden	190 464	162 279	81 941	5 201	10 200	15 730	419 127	51 556
II. Leipzig	132 839	153 304	57 491	—	—	3 556	265 537	83 329
III. Chemnitz	167 070	158 901	74 758	—	1 161	3 002	374 475	131 870
Insgesamt:	490 373	474 484	214 190	5 201	11 361	22 288	1 059 139	266 755

### Gewählt sind nach den bisherigen Ergebnissen:

Deutschnationale Volkspartei:	19 Abgeordnete.
Deutsche Volkspartei	18 „
Demokratische Partei	8 „
Sozialdemokratische Partei	41 „
Kommunistische Partei	10 „

Zentrum, Wirtschaftspartei und Deutschnat. Partei erhalten keinen Sitz.

### Nis gewählt gelten im Wahlkreis 3 Chemnitz-Zwickau:

- Deutschnationale Volkspartei.**
1. Bessler, Moritz, Justizrat, Chemnitz.
  2. Eberle, Christian, Dr., Vorsitzender des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, Dresden.
  3. Reithold, Arno, Gutbesitzer, Gemeindevorstand, Zettau.
  4. Bauer, Robert, Gutbesitzer, Wiedersberg.
  5. Stardt, August, Dr.-Ing., Bergdirektor a. D., Geschäftsführer des Bergbauischen Vereins Zwickau.
  6. Siegert, Johannes, Professor und Oberstudientrat an der Oberrealschule, Chemnitz.
  7. Kaula, Ludwig, Kaufmann und Stadtverordneter, Zwickau.

### Deutsche Volkspartei.

1. Gäßmann, Dr. Johannes, Oberbürgermeister, Chemnitz.
2. Schmidt, Helmi, Geschäftsinhaber, Plauen i. S.
3. Klein-Tannenber, Edmund, Geh. Kommerzienrat, Tannenbergschul, Post Jägersgrün.
4. Herrmann, Prof. Dr., Franz, Studienrat, Verdau.
5. Voigt, Hermann, Verbands-Geschäftsführer, Dresden-R.
6. Wittsche, Ernst, Maschineningenieur, Aue.

### Deutsche Demokratische Partei.

1. Seyfert, Richard, Dr., Staatsminister a. D., Dresden-R.
2. Günther, Oscar, Kaufmann, Plauen i. S.
3. Weigel, Maximilian, Dr. Rechtsanwält, Annaberg i. Erzgeb.

### Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

1. Müller, Max, Redakteur, Chemnitz.
2. Schirich, Karl, Geschäftsführer, Plauen i. S.
3. Graupe, Georg, Geschäftsführer, Zwickau.
4. Franz, Alfred, Gewerkschaftssekretär, Chemnitz.
5. Wagner, Helene, Hausfrau, Chemnitz.
6. Feilich, Alfred, Wirtschaftsmittler, Chemnitz.
7. Winkler, Max, Tarifamtsleiter, Dresden 29.
8. Raugisch, Karl, Gewerkschaftsbeamter, Zwickau.
9. Gaska, Ernst, Regierungs-Oberkommissar, Dresden-R.
10. Dreßler, Carl, Friseur, Verdau (Bez. Chemnitz).
11. Schurig, Otto, Lehrer, Plauen i. S.
12. Sasse, Hugo, Gauleiter, Dresden-R.
13. Heide, Max, Staatsminister, Dresden-R.
14. Langhork, Friedrich, Bezirksleiter, Zwickau.
15. Wähler, Walter, Schäftemacher, Wolfenstein.

### Kommunistische Partei.

1. Ewert, Robert Eduard, Sekretär, Chemnitz.
2. Branz, Bruno, Bademeister, Limbach.
3. Berg, Paul, Werkzeugschlosser, Chemnitz.
4. Scheller, Ernst Hugo, Lehrer, Schwarzenberg.
5. Grube, Ernst, Sekretär, Zwickau.

### Wie haben die Frauen abgestimmt?

In Leipzig-Stadt wurden die Stimmzettel der männlichen und weiblichen Wähler in getrennten Urnen gesammelt. Diese Trennung, hatte folgendes interessante Ergebnis; es wählten

	Männern	Frauen
Deutschnational	22 274	20 008
Deutsche Volkspartei	44 919	56 488
Demokraten	14 061	15 968
Zentrum	1 250	1 704
Vereinigte Sozialdemokraten	27 650	75 550
Kommunisten	24 710	21 822
	174 864	208 680

Es ergibt sich daraus zunächst, daß die Beteiligung der Frauen an der Wahl ganz besonders stark war, so daß sämtliche Parteien mit Ausnahme der kommunistischen mehr weibliche Wähler aufzuweisen haben als männliche. Das ausgewogenste die radikalste aller Parteien die einzige Partei ist, die erheblich weniger weibliche Wählerinnen in ihrem Gefolge hat, ist gewiß kein Spiel des Zufalls, sondern ein deutliches Beweiskennzeichen, daß die Frauen in Weiz großem Maße nicht mit dem Volkswortwahn zu tun haben wollen.

### Weitere Wahlergebnisse aus dem Bezirk Aue-Schwarzenberg.

Ort	Vereinigte Soz.-Partei	Kommunist.	Deutschnat. Volkspartei	Demokratische Partei	Zentrum	Deutsche Volkspartei	Deutschnat. Volkspartei
Alberoda	257	224	167	—	—	—	190
Antonsthal	112	147	69	2	—	—	86
Bautzsch	137	25	173	2	—	—	—
Bernsdorf	500	460	235	23	—	—	554
Biersdorf	445	463	309	136	—	—	648
Breitbrunn	182	398	124	7	—	—	210
Brettenhof	28	100	15	—	—	—	35
Bermersgrün	286	713	178	7	—	—	264
Blauenhof	—	—	—	—	—	—	—
mit Wollgrün	67	7	7	10	—	—	27
Brandorf	314	239	74	1	—	—	25
Carlsfeld	466	54	110	30	—	—	35
Esterlein	619	77	183	129	—	—	229
Grünhain	308	442	95	53	—	—	359
Grünhain	148	173	182	2	41	—	58
Grünhain	98	32	96	17	—	—	19
Hundshübel	306	81	40	124	—	—	220
Hartenstein	614	63	146	156	—	—	278
Johannsgartenstadt (Bezirksbezirk) (Stadt)	1198	720	229	102	—	—	807
Jagel	37	51	10	1	—	—	41
Langenbach mit Schwarzenberg	289	21	164	47	4	—	—
Andau	271	38	36	34	—	—	56
Langenberg	15	104	34	12	—	—	6
Lauter	312	1101	466	218	5	—	586
Mittweiba	148	184	128	4	—	—	140
Marxsbach	135	99	155	—	—	—	26
Niederlehna	651	73	194	35	—	—	381
Oberlehna	586	55	188	64	—	—	270
Oberspangenberg	138	35	58	4	2	—	105
Pöbba	246	283	151	14	—	—	212
Rahau	439	762	314	15	—	—	295
Raum	68	26	30	4	—	—	6
Rittersgrün	198	451	354	70	2	—	159
Schönheide	2286	95	200	95	—	—	1052
Sofa	408	180	178	6	—	—	114
Steinbach	16	16	10	—	—	—	23
Stühlgarten	267	13	256	5	—	—	126
Tschirnberg	144	48	142	19	1	—	35
Tannenbergschul	386	2	1	4	—	—	89
Wilsdorf	101	49	54	35	—	—	31
Zschoden	187	347	273	42	—	—	56

### Der Stand der Reparationsverhandlungen.

Die Montagspresse hat im allgemeinen in ihrem Kommentaren zu dem Stand der Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission eine pessimistische Note angeschlagen. Der Ton dazu wird allerdings aus Paris angegeben, und es erscheint daher wohl geraten, dieser Auffassung mit einiger Zurückhaltung zu begegnen. Aus der Ankündigung an und für sich, daß die Reparationskommission Ende dieser Woche Berlin wieder verlassen werde, dürfen ungünstige Schlüsse noch nicht gezogen werden, denn diese Absicht bestand von vornherein. Ebenso darf man nicht vergessen, daß die Reparationskommission garnicht in der Lage ist, Entschlüsse zu fassen, sondern daß ihre Reise nach Berlin nur informativem Zweck dienen soll. Es mag sein, daß das Ergebnis, das ihre Besprechungen bisher gehabt haben und ebenso das ihr bisher vorgelegte Material die Kommission noch nicht zu einem abschließenden Urteil und zu der Formulierung ausführlicherer Projekte befähigt. Die Kritik, die für die Verhandlungen gestellt ist, ist ja aber auch noch nicht zu Ende, und das bisher zur Diskussion gestellte Material gilt keineswegs als abschließend. Umso bedauerlicher ist es, wenn auf dem Umweg über Paris Erschwernisse in die Verhandlungen hineingetragen werden dadurch, daß man versucht, Unstimmigkeiten innerhalb des deutschen Kabinetts zu betonen und aufzuheben, ja, eine deutsche Regierungskrise in nahe Aussicht zu stellen. Wir glauben die Wurzeln solcher Unstimmigkeiten sehr wohl zu kennen und zu wissen, daß sie keineswegs auf französischen Boden zu suchen sind, möchten aber im Interesse des gedeihlichen Fortganges der Berliner Verhandlungen davon absehen, in diese Dinge tiefer hineinzugehen, als nötig ist.